

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Nachmittag), 7. Dezember 2021 / Mardi après-midi, 7 décembre 2021

Finanzdirektion / Direction des finances

13 2020.FINGS.3947 Voranschlag / Aufgaben-/Finanzplan
Aufgaben-/Finanzplan 2023–2025 (Gesamtstaat und Justiz) des Kantons Bern

13 2020.FINGS.3947 Budget et plan intégré mission-financement
Plan intégré mission-financement 2023 à 2025 du canton de Berne (canton et Justice)

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 (Voranschlag) und 13 (Aufgaben-/Finanzplan). /
 Délibération groupée des points 12 (budget) et 13 (plan intégré mission-financement) de l'ordre du jour.*

Fortsetzung / Suite

- 3. Schlussabstimmungen
- 3. Votes finaux

Le président. Chères et chers collègues, nous arrivons au dernier acte de cette pièce. Nous avons parcouru le budget, nous avons parcouru le PIMF, nous avons parcouru les priorisations des investissements. Maintenant, nous allons passer aux votes finaux. Nous devons voter pour le budget 2022 – oui, oui, on en va discuter, ne vous inquiétez pas. Nous allons discuter. Et nous arrivons à cette partie où nous allons décider du budget du PIMF. Nous allons procéder comme d'habitude, c'est-à-dire que je vais d'abord laisser la parole à la majorité de la commission, puis à la minorité, aux groupes, aux Einzelsprecher et puis au gouvernement. Voilà. Je laisse la parole à M. le député Bichsel pour la majorité de la CFin sur ces deux votes finaux.

Antrag FiKo-Mehrheit (Bichsel, Zollikofen)

Voranschlag 2022 – Annahme mit folgenden Eckwerten

– Aufwand Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung	-88,2 Mio. CHF
– Nettoinvestitionen (inkl. Spezialfinanzierungen)	400,8 Mio. CHF
– Finanzierungssaldo	-155,9 Mio. CHF
– Steueranlage natürliche Personen	3,025
– Steueranlage juristische Personen	2,820
– Rahmen der Neuverschuldung (Kreditlimite)	800 Mio. CHF
– Übertrag aus der Erfolgsrechnung des Tiefbauamtes der BVD in den See- und Flusssuferfonds gemäss Art. 7 See- und Flusssufergesetz	1,0 Mio. CHF
<i>(braucht 96 Stimmen, Schuldenbremse)</i>	

*Proposition majorité de la CFin (Bichsel, Zollikofen)***Budget 2022 – Adoption avec les valeurs-repères suivantes**

– Excédent de charges dans le compte de résultats	CHF -88,2 millions
– Investissement net (y c. les financements spéciaux)	CHF 400,8 millions
– Solde de financement	CHF -155,9 millions
– Quotité d'impôt applicable aux personnes physiques	3,025
– Quotité d'impôt applicable aux personnes morales	2,820
– Cadre du nouvel endettement (limite de crédit)	CHF 800 millions
– Report du compte de résultats de l'Office des ponts et chaussées de la DTT au Fonds de protection des rives au sens de l'article 7 de loi sur les rives des lacs et des rivières	CHF 1,0 million
<i>(96 voix nécessaires, frein à l'endettement)</i>	

*Antrag Regierungsrat***Aufgaben-/Finanzplan – Genehmigung***Proposition Conseil-exécutif***Plan intégré mission-financement – Adoption**

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Sprecher FiKo-Mehrheit. Nach erfolgter Detailberatung mit vier konkreten Änderungen im Zahlenwerk kommt nun also die Schlussabstimmungen zum VA und zum AFP. Der Saldo der Erfolgsrechnung ist mit 88,2 Mio. Franken im Minus. Der Finanzierungssaldo ist ebenfalls negativ, mit 155,9 Mio. Franken. Die FiKo erkennt und anerkennt die schwierige Lage, in der sich die kantonalen Finanzen im Moment befinden. Angesichts des Anrufens der Ausnahmeregelung zur Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung ist sie sich ihrer verantwortungsvollen Funktion bewusst und will ihren Beitrag leisten, damit der VA mit dem nötigen qualifizierten Mehr abgenommen wird. Ich gebe Folgendes zu bedenken: Erstens sichert der VA 2022, dass der Kanton Bern ein solider und verlässlicher Staat bleibt, und das ist ein nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Faktor. Der VA 2022 weist durchaus auch sozialpolitische Pluspunkte aus, indem er explizit kein Sparpaket beinhaltet. Er weist sogar geringfügige Ausbauten in personalpolitischen Angelegenheiten sowie erhöhte Mittel für Energiefördermassnahmen und überwiesene Finanzmotionen aus. Die Bereitschaft, ein defizitäres Budget und damit die Ausnahmeregelung zur Schuldenbremse anzurufen, ist durchaus auch als Beitrag zu verstehen, sich zusammenzuraufen und für den VA 2022 einzustehen.

Der vierte Punkt: Über keinen VA zu verfügen ist für die Regierung und für die Verwaltung ein sehr einschneidender Vorgang. All jene Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die bereits in einer solchen Situation waren oder derzeit sind, wissen, wovon ich spreche – ein Gruss nach Köniz. Ein fehlendes Budget blockiert nicht nur, sondern bindet unglaublich viele Ressourcen und Kräfte und absorbiert die Verwaltung und die Behörden. Wir alle könnten unsere Energie in dieser ohnehin schon schwierigen Zeit für viel Zweckmässigeres einsetzen.

Fünftens: Ohne gültigen VA können nur die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben unerlässlichen Ausgaben getätigt werden. Unerlässliche Ausgaben ist strenger als gebundene Ausgaben, wie bereits gesagt wurde. Es sind also nur die unerlässlichen Ausgaben möglich. Das heisst, es werden viele gute Errungenschaften im Kanton Bern eingebremst, auch solche, die im jetzigen Budgetprozess überhaupt nicht umstritten waren, und sie können im ersten Quartal respektive bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen VA keine Wirkung entfalten. Ein fehlendes Budget stellt also einen gravierenden Einschnitt in den Finanzhaushalt und in das Funktionieren jedes öffentlichen Gemeinwesens dar. Man spricht denn auch nicht vergebens von einem Shutdown, also dem Stilllegen des öffentlichen Lebens. Es kommt zudem einem der rigidesten Sparprogramme gleich. Erfahrungsgemäss

kann man nämlich später, wenn das Budget vorliegt und rechtskräftig ist, die Ausgaben, die man in den ersten Monaten nicht tätigen konnte, nicht mehr aufholen. Lohnmassnahmen, auch solche aus Rotationsgewinnen, können erst auf den Zeitpunkt der Rechtskraft ausgesprochen werden – und so weiter und so fort.

Deshalb ersuche ich Sie im Namen der FiKo ausdrücklich und eindringlich, den beiden finanzpolitischen Führungsinstrumenten jetzt zuzustimmen. Die FiKo empfiehlt Ihnen das mit 10 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Insbesondere beim VA ist die Zustimmung beziehungsweise jede einzelne Ja-Stimme von Belang. Für eine rechtsgültige Beschlussfassung ist eine Dreifünftel-Mehrheit des Grossen Rates notwendig, also 96 Ja-Stimmen. Enthaltungen werden in dieser Abstimmung zwar separat erhoben, kommen aber einer Nein-Stimme gleich. Es zählt also mehr denn je: Jede einzelne Stimme zählt. Also, nehmen wir unsere Verantwortung als Grossrätinnen und Grossräte in dieser besonderen Zeit erneut, wie schon letztes Jahr, wahr und stellen uns hinter die Vorschläge der Regierung. Stehen wir mit ihr zusammen, um in dieser allgemein mit vielen Unsicherheiten behafteten Zeit mit einem gültigen VA in das neue Jahr starten zu können.

Ganz zum Schluss dieser langen Budgetdebatte möchte ich es nicht unterlassen, im Namen der FiKo ganz herzlich zu danken. Ich möchte der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erarbeitung der Unterlagen und die guten Präsentationen ganz herzlich danken, und ebenfalls für die Begleitung dieses ganzen Prozesses seit dem Sommer – es begann schon vor den Sommerferien mit der Investitionspriorisierung – und die immer wieder grosse Bereitschaft, zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Ich möchte aber auch allen Direktionen für die umfassende Beantwortung der Fragen danken, welche die FiKo in der Vorberatung jeweils stellt. Ebenfalls in den Dank eingeschlossen ist das Sekretariat der FiKo, das uns immer die nötigen Unterlagen aufbereitet und uns darauf hinweist, was noch offen ist und was wir noch tun sollten. An dieser Stelle merci vielmals auch dem Sekretär, Dominique Cléménçon. Nicht zuletzt auch meinen Kolleginnen und Kollegen der FiKo ein Dankeschön, auch wenn sich die Meinungen in den Diskussionen naturgemäss manchmal unterscheiden. Wir haben aber doch eine Basis gefunden, damit wir den VA so unterbreiten können und ihn jetzt zur Genehmigung vorschlagen können. Merci vielmals allen zusammen für die Unterstützung und vor allem für die Ja-Stimmen am Schluss.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP), Sprecherin FiKo-Minderheit. Ich möchte mich als Erstes gleich dem ausführlichen Dank des Kommissionspräsidenten anschliessen, damit das nicht vergessen geht. Auch wir waren selbstverständlich mit den sehr hilfreichen, informativen und umfassenden Dokumenten immer sehr zufrieden. Herzlichen Dank dafür, herzlichen Dank auch dem Sekretär.

Am Ende der Debatte stellt die Minderheit der FiKo allerdings fest, dass dieses Budget nicht unser Budget ist. Es ist ein bürgerliches Budget. Weil das Budget mit dem korrigierten Defizit nun eben 96 Ja-Stimmen erforderlich macht, wurden wir am Anfang der Debatte aufgefordert, zusammenzustehen und am Schluss die Verantwortung zu tragen. Die Frage ist allerdings, bei was wir zusammenstehen sollen – bei einem Budget, das schon mit einer sehr restriktiven Planung daherkam; einem Budget, bei dem man sich vis-à-vis eines Defizits – es ist immerhin schon das zweite in Folge – seitens der bürgerlichen Mehrheit sowohl im Regierungsrat wie im Grossen Rat einmal mehr ernsthaft nur mit Restriktionen und Ausgabenbeschränkungen beschäftigen wollte.

Wir sind – aus unserer Sicht glücklicherweise – mit einem blauen Auge davongekommen. Direkte weitere Sparvorgaben liess man bleiben respektive fallen, dies nicht zuletzt angesichts der Gröszenordnung des korrigierten Defizits dieses Budgets. Weitere Fingerzeige zum Verzicht auf Ausgaben wurden nicht überwiesen. Das wäre auch absolut inakzeptabel gewesen. Noch einmal: Aus unserer Sicht ist es der absolut falsche Zeitpunkt für grössere oder kleinere Sparübungen. Sogar die kleinen Sparübungen eines restriktiven Budgets haben negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und auf den Privathaushalt. Und ja, wir bedauern es sehr, wir bedauern es ausserordentlich, dass es in diesem Budget ausser Applaus für das Pflegepersonal nichts gibt. Beim Pflegepersonal gibt es schon längst bekannte Rückstände beim Lohn. Diese sollen einmal mehr nicht aufgehoben werden. Das ist aus unserer Sicht ein Skandal. Mich hat in dieser Debatte besonders erstaunt, dass für das Pflegepersonal alles zu den Arbeitsbedingungen gehört, die ja eben schwierig sind. Alles gehört dazu, nur der Lohn nicht. Das finden wir nicht richtig, und dabei wollen wir nicht

zusammenstehen. Dafür wollen wir auch die Verantwortung nicht übernehmen. Wir stehen mit dem Pflegepersonal zusammen.

Wir sehen in diesem Defizit klar auch die Konsequenz einer verfehlten Steuerpolitik. Den pandemiebedingt grossen Ausgaben stehen nun eben Einnahmenausfälle gegenüber. Die Lücke auf der Einnahmenseite wird mit dem vorliegenden Budget einmal mehr fortgesetzt. Ein weiterer Punkt: Mit den nun vorgesehenen Investitionen wird der Kanton nur mit halbem statt mit ganzem Schub vorwärtsgehen. Das heisst: nur ein halber Schub für gute Bildung, für Innovationen und Forschung und einen interessanten Wirtschaftsstandort in der Zukunft. Erfreulich sind einzig die Beiträge für das Förderprogramm Energie. Aber auch hier: So wird es nicht reichen. Das muss uns endlich allen bewusst werden. Das erklärte Netto-Null-Ziel ist damit nicht zu erreichen. Immerhin wurde ein erster Schritt gemacht. Unsere Ideen, die wir bei diesem Budget eingebracht haben, sollten eine solidarische Gesellschaft möglich machen. Am wichtigsten sind die Mittel zugunsten fairer Arbeitsbedingungen, und ohne diese Mittel können wir dieses Budget eben nicht unterstützen. Die Minderheit sieht sich hier nicht in der Verantwortung. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat ist gross genug, damit ihre Unterstützung für dieses Budget reichen wird.

Le président. La parole est ouverte aux groupes. – Personne ne souhaite s'exprimer ? – Premier groupe inscrit : les vert'libéraux par la voix de M. le député Köpfli.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp), Fraktionssprecher. Ich komme als Erster nach vorne. Ich bin jetzt schon etwas verwirrt, denn ich habe mir noch einmal angeschaut, was wir heute beschlossen haben. Wir haben gegenüber dem Budget keine einzige Sparmassnahme beschlossen. Wir haben aber zusätzliche Ausgaben für das Gosteli-Archiv beschlossen, für Fördermassnahmen für erneuerbare Energien und für die Behindertenkonferenz. Wir haben auch nichts beim Pflegepersonal gemacht. Wir haben eine Planungserklärung von Natalie Imboden respektive der FiKo-Mehrheit überwiesen, die klar sagt, dass wir ab nächstem, nein übernächstem Jahr nicht nur die Anstellungsbedingungen, sondern explizit auch die Entlohnung in den AFP aufnehmen sollen. Das wurde überwiesen. Es ist auch nicht so, dass es in diesem Budget keine Lohnentwicklung hätte, im Gegenteil. Ich habe das schon bei der damaligen Debatte gesagt: Der Regierungsrat wollte im letzten Jahr die Lohnentwicklungen für dieses und das nächste Jahr auf null senken. Wir haben damals den Antrag auf einen Kompromiss gestellt, stattdessen auf 0,4 Prozent zu gehen. Er wurde überwiesen und ist in diesem Budget auch enthalten. Fakt ist: Wenn das Budget keine Mehrheit erhält, gibt es diese Lohnentwicklung nicht. Dann fällt das weg, denn es sind keine gebundenen Ausgaben. Dann gibt es nichts für das Gosteli-Archiv, nichts für die Fördermassnahmen Energie, nichts für die Behindertenkonferenz, und darüber hinaus gibt es auch alle anderen gebundenen Ausgaben nicht, die in diesem Budget sind. Der Kanton wird mit einem Minimalbudget fahren müssen.

Selbstverständlich kann man jetzt ablehnen oder sich auch enthalten, was auf das gleiche hinausläuft, weil nur Ja-Stimmen zum Quorum führen. Anstatt einer Enthaltung kann man genauso gut rot drücken. Das kann man machen. Ob man es erklären kann, muss nicht ich beurteilen. Das müssen die machen, die dem Budget nicht zum Durchbruch verhelfen. Aber aus der Debatte, die wir geführt haben, irgendwie eine bürgerliche Spardebatte zu machen, ist für mich aus dem Tierbuch. Denn der Antrag, der tatsächlich einen Sparauftrag enthalten hätte, wurde zurückgezogen. Selbst die Planungserklärung Haas, die ich auch nicht nur gelobt habe, wurde abgelehnt. Wir haben, wenn überhaupt, nur Korrekturen in Richtung Mehrausgaben beschlossen. In diesem Sinne hoffe ich doch sehr, dass dieses Budget eine Mehrheit findet und wir die Krise im Kanton nicht noch verstärken – für den Kanton, für die Gemeinden, die es sehr stark spüren werden, für die Angestellten, die keine Lohnentwicklung haben werden und für die Wirtschaft, die sicher auch darunter leiden wird. Danke für die Unterstützung.

Christine Bühler, Romont BE (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Für mich war es der erst Budgetprozess, den ich begleiten durfte. Das Erlebte möchte ich mit einem etwas archaischen Sprichwort umschreiben: Wo Geld ist, ist der Teufel, und wo keins ist, sind zwei. Genau so habe ich es erlebt. Das ist der Blickwinkel, unter den ich stellen möchte, dass wir den Angestellten in der Langzeitpfle-

ge sagen mussten: «Sie bekommen nur 0,4 Prozent mehr Lohn, leider liegt im Moment nicht mehr drin. Wir haben aber Gelder bereitgestellt, um die Pflegeinitiative umzusetzen.» Wenn wir das Budget ablehnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, können wir ihnen nämlich sagen: «Geschätzte Pflegerinnen, wegen dem Kräfteverhältnis im Parlament bekommen Sie gar nichts.» Das möchte ich auf keinen Fall in Kauf nehmen. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, auch im Namen der Fraktion der Mitte, dass Sie, um dem Ausgabenüberschuss von 88,2 Mio. Franken und dem negativen Finanzierungssaldo zum Durchbruch zu verhelfen, die Schuldenbremse ausschalten, indem Sie Ja stimmen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Fraktionssprecherin. Wie jede Budgetdiskussion hatte auch diese Diskussion für die EVP Sonnen- und Schattenseiten. Wir bedauern ausserordentlich, dass sämtliche Anträge zu den Lohnmassnahmen im Bereich Pflege und Betreuung abgelehnt wurden. Wir sind aber froh, dass immerhin die Planungserklärungen Imboden und Herren angenommen wurden. Dabei möchte ich vor allem auch Anita Herren ein Kränzchen winden. Sie hat mit ihren Vorstössen und Anträgen auf unspektakuläre und hartnäckige Art wichtigen Anliegen zum Durchbruch verholfen. Zur Sonnenseite dieses Budgets gehört auch, dass wir das Förderprogramm Energie aufstocken konnten. Wichtig ist für uns zudem, dass wir weitere Steuersenkungen abwenden konnten. Ich versprach beim Eintreten, dass die EVP alles daransetzt, dass der Kanton Bern mit einem Budget in das Jahr 2022 starten kann. Unterdessen hat Ihnen auch der FiKo-Präsident eingehend dargelegt, was passieren würde, wenn wir kein Budget hätten. Deshalb muss ich das nicht wiederholen. Wir halten uns vonseiten der EVP an dieses Versprechen. Wir werden das Budget einstimmig annehmen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Nach einer langen Diskussion um den VA ist nun der Moment, Bilanz zu ziehen. Die grüne Fraktion hat im Eintretensvotum klar gesagt, dass für uns drei Bereiche wichtig sind. Wie sieht die Bilanz nun nach erfolgter Debatte aus? Wir haben erwähnt, dass die Verlässlichkeit des Staatswesens in diesen Zeiten besonders wichtig ist. Ich habe gesagt, dass es das Corona-Budget Nummer 2 ist, und wenn man vom Klimaziel 2050 zurückrechnet, ist es das Budget minus 28. Wenn man das Ziel hat, im Jahr 2050 klimaneutral zu sein, haben wir jetzt minus 28. Wir haben also noch genau 28 Jahre Zeit, diese Klimaziele zu erreichen. Dieses Budget leistet wahrscheinlich nur einen minimalen Beitrag. Ich komme darauf zurück.

Wir haben eine Steuerlücke, welche die Grossratsmehrheit will. Sie verzichten auf Steuern, weil Sie das Gefühl haben, der Staat brauche das nicht und Sie möchten es lieber anders verschenken. Das ist nicht eine Politik, die derjenigen der Grünen entspricht, und es ist ein Problem. Es ist ein Problem, auch wenn man jetzt sagt, es habe ein paar Pluspunkte. Ich muss sagen, dass die Pluspunkte im VA an einem kleinen Ort sind, vor allem, wenn man sich vor Augen führt, was die Ausgangslage gewesen wäre. Kein Sparpaket zu machen und dies auch noch als Verdienst zu verkaufen, ist schon fast spöttisch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Regierung hat immer gesagt, dass wir in der Krise kein Sparpaket wollen. Jetzt noch Sparpakete zu schnüren, wäre unverantwortlich gewesen. Von daher ist es auch kein Gewinn, wenn man es nicht macht. Denn es wäre ein Verlust oder ein Fehler, wenn man es gemacht hätte.

Bezüglich Gesundheitspersonal muss ich sagen, dass es mehr als eine verpasste Chance ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir hätten es in der Hand gehabt, wirklich wirksame Verbesserungen zu machen. Ja, wir haben diese Planungserklärung überwiesen, die mittelfristig wirken soll, aber ich habe es schon einmal gesagt: Machen wir uns nichts vor, denn beim Gesundheitspersonal wirklich Verbesserungen bei der Ausbildung, bei den Anstellungsbedingungen und bei den Löhnen zu machen, wird den Kanton Bern Geld kosten. Damit stellt sich auch die Frage, auf wie viele Jahre wir es verteilen. Es ist eine langfristige Aufgabe, fast schon ein Marathon. Wir hätten jetzt einen Schritt machen können. Leider wollte die bürgerliche Mehrheit das nicht. Es ist etwas absurd, Krokodilstränen zu weinen, weil man es verpasst hat. Ja, Sie haben es verpasst. Sie hätten es in der Hand gehabt. Vielleicht kommt es nächstes Jahr wieder, und vielleicht müssen wir dann mehr Geld in die Hand nehmen. Wenn wir das Geld loseisen müssen, wird es genau gleich schmerzen. Nein, uns schmerzt es ja nicht, denn es kommt dem Pflegepersonal zugute, und dieses hat es verdient.

Zum dritten Punkt, dem Klimaschutz. Ich habe gesagt, wir sind beim Budget minus 28, wenn man an die Klimaneutralität im Jahr 2050 denkt. Ja, wir haben 3 Mio. Franken mehr für das Gebäudeprogramm. Das ist gut. Das wollte die grüne Fraktion auch, hat es unterstützt, gefördert und gefordert. Aber solange wir nicht bereit sind, auch ein Heizungsverbot ins Auge zu fassen, subventionieren wir die fossilen Heizungen einfach weg. Das kostet uns Geld. Wir Grünen sind bereit, das zu machen. Aber es fragt sich finanztechnisch vielleicht irgendeinmal, ob es der einzige Weg ist. Vielleicht muss man es auch anders lösen.

Zum Schluss zur Gesamtbeurteilung: Vorhin hat die Kollegin der Mitte-Fraktion von zwei Teufeln gesprochen. Ich wurde gerügt und darf nicht mehr BDP sagen – Mitte, Mitte, Mitte. Das mit den zwei Teufeln kenne ich nicht, Christine, das musst du mir erklären. Ich kenne die Redewendung, den Teufel an die Wand zu malen oder etwas zu scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Was Sie jetzt machen, ist, den Teufel an die Wand zu malen. Sie haben wie der Teufel vor dem Weihwasser Angst vor der Mehrheit, die Sie nun brauchen. Liebe bürgerliche Mehrheit, Sie sind ja die Mehrheit! Es ist Ihre Verantwortung, es ist Ihr Budget. Sie tragen die Verantwortung für dieses Budget, für das, was Sie gemacht haben und für das, was Sie nicht gemacht haben. Deshalb können Sie die Verantwortung nicht auf die Grünen oder auf die Linke abschieben. So geht dieses Spielchen nicht. In der Gesamtbeurteilung gibt es in der grünen Fraktion Personen, die sagen: «Doch, wir tragen das mit, weil wir auch eine Verbesserung beim Klima und bei den Gebäudeprogrammen haben.» Es gibt aber einzelne Stimmen, die das nicht unterstützen, weil man gerade bei den Steuern Löcher gerissen hat und nicht bereit ist, darüber zu diskutieren, und weil man wichtige Schritte beim Gesundheitspersonal nicht umgesetzt hat. Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir wirklich über klimaneutrale Budgets sprechen, werden diese plötzlich ganz anderen Anforderungen genügen müssen. Ich hoffe, dass es beim Klimabudget minus 27, beim Klimabudget minus 26, beim Klimabudget minus 25 – ich erspare uns, das bis zum Schluss aufzuzählen – mehr Sensibilität gibt, um Massnahmen zu ergreifen, die dem Klima wirklich helfen. Zum Schluss: Dieses Budget haben jene zu verantworten, welche die Mehrheitsentscheidungen gefällt haben, nicht die Minderheit. Leider ist es auch so, dass die Mehrheit im Grossen Rat die Quoren selber erfüllen kann. Also, erfüllen Sie Ihre Quoren doch bitte selbst.

Adrian Haas, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Auch bei uns hält sich die Begeisterung natürlich im Rahmen. Wir haben ein Defizit von 88 Mio. Franken und einen negativen Finanzierungssaldo von 155 Mio. Franken. Das ist nicht wahnsinnig super. Aber wir sind heute in einer Krise, und man hat, auch vonseiten der Regierung, versucht, das Beste daraus zu machen. Dieses Budget würde eben erlauben, die staatlichen Aufgaben weiterzuführen. Wer jetzt erzählt, es seien Steuersenkungen beschlossen worden, hat wohl die Anträge nicht gelesen. Es gab nirgends einen Antrag auf Steuersenkung. Man wollte der Regierung nur für die Zukunft mit auf den Weg geben, dass wir im Kanton Bern bei den Steuern ein Standortproblem haben, sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen. Das ist alles. Es wurden sogar Mehrausgaben beschlossen – Michael Köppli hat es in extenso ausgeführt. Deshalb ist auch nicht verständlich, warum man dieses Budget vonseiten der Linken ablehnen will. Aber ich weiss ja, am 27. März sind Wahlen, und die Linken rechnen damit, dass die bürgerliche Seite schon dafür sorgt, dass die 96 Stimmen zusammenkommen. Denn sie wollen insgeheim auch nicht, dass das Budget abgelehnt wird. Hier wurde ein rhetorischer Rückwärtssalto gemacht. Glaubwürdige Finanzpolitik sieht jedoch anders aus; sie sieht insbesondere anders aus, wenn man im Hinterkopf hat, dass wir von dieser Seite einen Antrag hatten, der 1 Mrd. Franken Mehrausgaben wollte: eine Neuverschuldung von 1 Mrd. Franken, also ein total frivoles Finanzgebaren. Ich muss sagen, so geht es natürlich nicht. Aber Sie müssen nicht zustimmen. Wir sorgen schon dafür, dass der Staat Bern weiterexistieren kann.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. Merci, Adrian. Zu deiner Enttäuschung kann ich nicht mit einem Rückwärtssalto einsteigen, aber ich versuche trotzdem, mein Votum zu halten, warum wir allenfalls eben nicht zustimmen. Andrea Rüfenacht hat im Wesentlichen schon gesagt, was für die SP-JUSO-PSA-Fraktion gesagt sein muss. Ich will nur noch einmal nachdoppeln, damit es keine Missverständnisse gibt und man von uns keinen Rückwärtssalto oder anderes erwartet. Unse-

re Fraktion ist an sich sehr erleichtert, dass der Kanton in der Corona-Krise finanziell mit einem blauen Auge davonzukommen scheint. Die Unterstützung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand, aber selbstverständlich auch das Engagement von unzähligen Personen landauf, landab hat Früchte getragen, und wir können heute ein Budget mit einem vertretbaren und verkraftbaren Defizit verabschieden. Wir von der FiKo-Minderheit oder SP haben sogar verschiedene Vorschläge für Verbesserungen der Steuererträge gemacht, die Sie aber leider alle abgelehnt haben.

Entscheidend für uns, die SP-JUSO-PSA-Fraktion, ist aber schlussendlich, dass der Grosse Rat nicht bereit ist, beim Pflegepersonal auch nur eine sehr bescheidene Anpassung, eine bescheidene Erhöhung von 0,7 Prozent zu ermöglichen, oder anders gesagt, einem Betrag von 3,15 Mio. Franken zuzustimmen. Zusammen mit Tanja Bauer und Manuela Kocher habe ich vergeblich versucht, Sie zu überzeugen, in Zeiten der Corona-Krise für diejenigen, die an vorderster Front gegen die Pandemie kämpfen, ein kleines und überfälliges Zeichen zu setzen. Es ist mir klar, dass der Kanton Bern ein bürgerlicher Kanton ist. Der Kanton Bern hat ein mehrheitlich bürgerliches Parlament, und dieses Budget ist folglich auch ein bürgerliches Budget. Ich nehme an, dass Sie die Stimmen ganz genau gezählt haben und ohne uns auf das erforderliche Quorum von 96 Stimmen kommen. Deshalb war es für die bürgerliche Mehrheit offenbar auch nicht nötig, die SP-JUSO-PSA-Fraktion mit einem noch so kleinen Entgegenkommen bei diesem Budget mit ins Boot zu holen. Die SP-JUSO-PSA wird folglich diesen bürgerlichen VA einstimmig ablehnen. Auch dem AFP werden wir nicht zustimmen, vor allem, weil wir mit der Priorisierung der Investitionen nicht glücklich sind und weil wir in den nächsten 10 Jahren für den Kanton Bern nicht nur mit 500 Mio. Franken, sondern mit 1 Mrd. Franken lebenswichtige Investitionen ermöglichen wollen. Merci fürs Zuhören, auch denen, die es nicht gerne gemacht haben. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Raphael Lanz, Thun (SVP), Fraktionssprecher. Wir haben von meinem Vorredner gehört, dass die SP-Fraktion das Budget einstimmig ablehnen möchte. Das erstaunt mich, denn eine Ablehnung des Budgets würde bedeuten, wie es der Präsident der FiKo ausgeführt hat, dass wir überhaupt kein Budget mehr haben. Es würde bedeuten, dass wir überhaupt keine Lohnmassnahmen umsetzen könnten. Ich kann es vorwegnehmen: Wir von der SVP-Fraktion wollen das nicht. Ich habe einleitend gesagt, dass wir Teil der Koalition sein wollen, die dem Kanton Bern in dieser schwierigen Zeit ein gültiges Budget ermöglicht. Ich habe auch gesagt, wenn es aus unserer Optik keine wesentlichen Verschlechterungen gibt, werden wir dem Budget zustimmen. Wir sind auch nicht überall durchgedrungen, sehen aber nicht derart gravierende Verschlechterungen, dass wir dem Budget nicht mehr zustimmen könnten. Deshalb kann ich in Aussicht stellen, dass ein grosser Teil der SVP-Fraktion dem Budget zustimmen wird. Es wird möglicherweise einzelne geben, die aus grundsätzlichen Überlegungen oder weil ihnen die Massnahmen zu wenig weit gehen dem Budget nicht werden zustimmen können. Das empfehle ich nicht, denn ich würde Ihnen empfehlen: Ermöglichen wir dem Kanton Bern ein gültiges Budget.

Ich möchte zu den Ausführungen, wonach es sich um ein bürgerliches Budget handelt, Folgendes sagen: Wir haben keine einzige Kürzung angenommen – keine einzige Kürzung. Wir haben nur Mehrausgaben beschlossen, und zu Recht. Auch wir haben dem zugestimmt. Alle sind in einem vertretbaren Rahmen. Ich erinnere an den Hergang. Wir hatten den Kürzungsantrag, den wir von der FiKo-Mehrheit eingebracht haben und bei dem wir die Hoffnung hatten, vielleicht doch noch ein ausgeglichenes Budget hinzubekommen. Wir mussten nach letzter Woche zur Kenntnis nehmen, dass es unseriös gewesen wäre, wenn wir an diesem Antrag festgehalten hätten, und haben ihn zurückgezogen. Wir haben noch versucht, dem Grossen Rat mit einer Eventual-Planungserklärung schmackhaft zu machen, dass im Vollzug des Budgets auf eine ausgeglichene Rechnung hingewirkt wird. Eine Mehrheit wollte das nicht, und das akzeptieren wir. Aber wir hätten etwas anderes empfohlen. Wenn man diesen Vorgang kennt, sieht man, dass es sich nicht um ein bürgerliches Sparbudget handelt, sondern dass es ein realistisches Budget ist, das unserem Kanton eine gute Ausgangslage bietet, um in dieser schwierigen Situation voranzukommen. Deshalb möchte ich dazu aufrufen: Übernehmen wir zusammen Verantwortung, machen wir einen Schritt zurück, stimmen wir dem Budget zu und hoffen wir, dass wir schon bald über höhere Steuererträge und weitere Mehrausgaben debattieren können.

Le président. Tous les groupes se sont annoncés, à peu près. Il n'y a plus de parole demandée – EDU ? Non. Alors, je laisse la parole aux Einzelsprecher, le premier inscrit sur la liste : M. le député Grupp.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Einzelsprecher. Es ist das Votum von Adrian Haas, das mich nach vorne treten lässt. Adrian Haas, das einzig frivole an der Frage oder Forderung nach dieser Milliardeninvestition ist, dass wir im Kanton Bern seit Jahren zu wenig investieren. Da nimmt sich der Kanton Bern etwas heraus, wozu er seinen Gemeinden anderes empfiehlt. Die FIN und das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR), einfach alle empfehlen den Gemeinden im Kanton Bern, im Minimum 10 Prozent ihres Budgets zu investieren. Wenn sie darunterliegen, heisst das, dass es ungenügend ist. Der Kanton Bern begrenzt seit Jahren und Jahrzehnten durch den Grossen Rat und dessen bürgerliche Mehrheit die Investitionspolitik im Kanton Bern so stark, dass wir aus dieser ständigen Falle eben nicht herauskommen, bei der man immer mehr Steuersenkungen macht – wenn auch nicht diesmal. Man versucht, immer mehr Steuersenkungen zu erreichen. Dabei müsste man in diesem Kanton eben mehr investieren. Ich bin überzeugt, Adrian Haas, dass der Kanton nicht besser vorwärtskommt. Für die Standortqualität des Kantons sind die Jahr für Jahr so tiefen Investitionen wesentlich schädlicher als die gemäss Ihrer Lesart so hohen Steuern im Kanton Bern. Es ist das wesentlich grössere Problem, dass die Investitionen in diesem Kanton fehlen, so kommt er nicht daraus heraus. Es war mir wichtig, das zu bemerken.

Zur Schlussabstimmung: Ich bin froh, sind die 54 Mio. Franken vom Tisch. Das macht es mir möglich, zuzustimmen, wenn auch mit Ächzen und Stöhnen.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (Le Centre), intervenant à titre personnel. Si ce budget avait été honteux, je serais le premier à le rejeter. Si ce budget avait débouché sur des coupes massives, je serais le premier à le rejeter. Si ce budget avait débouché, une fois de plus, sur des cadeaux aux entreprises, je serais le premier à le rejeter. Mais ce n'a pas été le cas. Moi non plus, ce budget, il ne me satisfait pas. Moi aussi, je suis déçu que ces 3,5 millions de francs pour le personnel soignant n'aient pas pu être acceptés par la majorité de cet hémicycle. Mais bon sang de bois, on vit dans une situation qui est complexe, qui est pleine d'incertitudes, est-ce qu'on va ajouter une incertitude de plus à vivre sans budget avec toutes les conséquences que ça a ? Ne prenons pas la population en otage, pensons à la population et pas aux prochaines élections.

Le président. La parole n'est plus sollicitée. Je laisse donc Mme la présidente du gouvernement, la directrice des finances, prendre la parole.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Nach über sechs Stunden Finanzdebatte sind wir jetzt also am Schlusspunkt angekommen. Ich habe schon in meinem Eintretensvotum gesagt, dass am Schluss wahrscheinlich nicht alle zufrieden sein werden. So gesehen kann ich auch ein bisschen nachvollziehen, dass es Grossrätinnen und Grossräte gibt, die einen gewissen Frust verspüren, vor allem, weil im subventionierten Bereich der GSI keine höheren Lohnmassnahmen beschlossen wurden. Ich habe es schon gestern gesagt und sage es noch einmal: Warum hat der Regierungsrat die Ansicht vertreten, dass es bei allen drei Personalkategorien die gleiche Lohnentwicklung sein soll? Ich brauche es nicht noch einmal zu erwähnen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis, dass unter das subventionierte Personal der GSI im Wesentlichen die Alterspflege- und Behindertenheime fallen. Das Pflegepersonal der Spitäler, also beispielsweise die vielen Intensivstationsangestellten, wären vom gestrigen Entscheid, der nicht zustande kam, gar nicht betroffen gewesen. Die Spitäler regeln ihre Anstellungsbedingungen in einem Gesamtarbeitsvertrag. Zwar beteiligt sich der Kanton schlussendlich auch an den Lohnerhöhungen der Spitäler, aber den Entscheid für Lohnerhöhungen oder generell für Lohnmassnahmen fällt nicht der Kanton. Ich finde, das ist ein wichtiger Hinweis, vor allem, weil wir nun zur Schlussabstimmung kommen.

Allen, die das Budget wegen den vorerwähnten enttäuschten Erwartungen zurückweisen möchten, möchte ich noch einmal zu bedenken geben: Wenn Sie dieses Budget zurückweisen, gibt es ganz viele Dinge, die wir nicht ausgeben können. Das hat schon der FiKo-Präsident gesagt. Aber es gibt

vor allem einen Punkt, und jetzt schaue ich bewusst in die Richtung derer, denen das Personal doch so wichtig ist: Für das Personal können wir ab dem 1. Januar gar nichts machen. Das muss Ihre Seite erst noch vertreten können. Aber scheinbar will man dieses Risiko eingehen. Ich möchte all jenen danken, die dieses defizitäre Budget in einer absolut schwierigen Situation unterstützen. Ich bitte jene, die allenfalls noch Nein sagen möchten: Machen Sie sich noch einmal Gedanken zu Ihrer Verantwortung, Ihrer Verantwortung gegenüber dem Personal und auch gegenüber dem gesamten Kanton Bern. Es ist definitiv nicht die Zeit für ein parteipolitisches Abstimmungsverhalten. Deshalb habe ich in meinem Eingangsvotum auch verlangt, dass man einen Schulterschluss macht. Jetzt gilt es eben ernst. Deshalb noch einmal mein Appell an Sie alle: Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht. Sie sind dem ganzen Kanton Bern verpflichtet. Stimmen Sie diesem Budget zu, auch wenn es defizitär ist.

Le président. Bien. Si la parole n'est plus demandée, nous allons voter sur cette affaire du point numéro 12 de l'ordre du jour : budget 2022, adoption avec les valeurs-repères suivantes : excédent de charges dans le compte de résultats : -88,2 millions ; investissement net, y compris les financements spéciaux : 400,8 millions ; solde de financement : -155,9 millions ; quotité d'impôt applicable aux personnes physiques : 3,025 ; quotité d'impôt applicable aux personnes morales : 2,820 ; cadre du nouvel endettement, limite de crédit : 800 millions ; et 1 million pour le report du compte de résultats de l'Office des ponts et chaussées (OPC) de la DTT au Fonds de protection rives au sens de l'art. 7 de la loi sur les rives des lacs et des rivières (LRLR).

Je vous rappelle qu'il faut 96 voix pour faire passer cet objet. Nous allons voter : les député-e-s qui acceptent ce budget 2022 avec les valeurs-repères mentionnées votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Schlussabstimmung / Vote final

2020.FINGS.3947:

VA 2022, Genehmigung mit den überwiesenen Anträgen und Planungserklärungen /
Budget 2022, approbation avec les propositions et déclarations de planification adoptées

Annahme / Adoption

Ja / Oui	110
Nein / Non	37
Enthalten / Abstentions	5

Le président. Vous avez accepté cette affaire du point numéro 12 de l'ordre du jour, le budget 2022.

Nous passons maintenant à l'affaire du point numéro 13 de l'ordre du jour, le PIMF. Vous allez voter sur son adoption ou pas : les député-e-s qui acceptent ce plan intégré mission-financement 2023 à 2025 votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Schlussabstimmung / Vote final

2020.FINGS.3947:

AFP 2023–2025, Genehmigung mit den überwiesenen Planungserklärungen /
PIMF 2023 à 2025, approbation avec les déclarations de planification adoptées

Annahme / Adoption

Ja / Oui	111
Nein / Non	37
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez accepté cette affaire du point numéro 13 de l'ordre du jour.

Je vous rappelle encore que cet après-midi, nous terminons à 16 heures 30 et nous reprenons à 16 heures 45. Nous avons raccourci la pause en raison des mesures sanitaires, ou des complications pandémiques, on va dire. Et nous finirons ce soir à 18 heures 45. Quand vous partirez, vous pourrez prendre avec vous un lunch. Il n'y aura pas de subsistance entre 16 heures 30 et 16 heures 45.

Nous poursuivons maintenant les affaires de la FIN : points numéro 14 et numéro 15 de l'ordre du jour. Ensuite, nous partirons à la Direction de Pierre Alain Schnegg pour les affaires qui restent. Je laisse la direction de la séance à M. le premier vice-président et M. le deuxième vice-président, merci.

Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.